

Auf einen Blick

„Elvis“ in der Kirche

Newmarket (eb). Die kanadische Gemeinde Newmarket bei Toronto hat einen ganz besonderen Pfarrer: Dorian Baxter imitiert Elvis Presley und stimmt auch im Gottesdienst die Melodien des King an – die Texte trümpert er dann jedoch auf „kirchlich“. Baxter ist Entertainer, Aktivist und Prediger, aber angesprochen wird er meist mit „Elvis Priestley“. **Seite 7**

Privater Krankentransport

Bremen (keg). Das bisher rein öffentlich organisierte Rettungssystem in Bremen bekommt aller Voraussicht nach private Konkurrenz. Das Verwaltungsgericht machte gestern deutlich, dass es die Klagen von drei Unternehmen für begründet hält. Die Firmen wollen ihre Dienste für Krankentransporte in der Hansestadt anbieten; bisher hat die Stadt Bremen ihnen aber keine Genehmigung dafür erteilt. Zu Unrecht, wie die Richter feststellten. **Seite 11**

Alkohol bis 18 ganz verboten?

Hannover (dpa). Niedersachsens Gesundheitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) schließt ein Verkaufsverbot für alkoholische Getränke an Minderjährige nicht aus. Das Gesundheitsministerium plane derzeit zusammen mit Getränkeherstellern und Vertretern des Jugendschutzes die Gründung einer Arbeitsgruppe, sagte eine Ministeriumssprecherin gestern in Hannover. Ein Ziel dieser Gruppe könne es sein, das Jugendschutzgesetz so zu ändern, dass grundsätzlich kein Alkohol an unter 18-Jährige verkauft werden darf. **Seite 14**

Wieder in Fahrt

Hannover (dpa). Zum Start der Messe CeBIT in Hannover kommt die High-Tech-Branche rund um Computer und Telekommunikation weltweit wieder richtig in Fahrt. Der deutsche Branchenverband Bitkom rechnet mit einem Wachstum des Weltmarktes in diesem Wirtschaftsbereich von 4,3 Prozent in diesem und sechs Prozent im nächsten Jahr. **Seite 15**

Passion leidet am Menschen

Bremen (ctr). Der Film „Die Passion Christi“ ruft seit seiner Premiere in den USA Proteste hervor. Nicht nur die Darstellung der Juden erregt Kritik, auch



die realistische Darstellung Christi als Mensch, dessen Körper unter den Schmerzen der Geißelung und Kreuzigung leidet, verwirrt. Doch die Theologie hat vorgebaut. **Seite 22**

Leserforum Seite 4
Fernsehen aktuell Seite 6
Tipps und Termine Seite 12
Rätsel / Roman Seite 18

Familienanzeigen Seite 19
Veranstaltungen Seite 27

Das Wetter

Sonnenschein

Wolkenfelder und ein wenig Sonnenschein wechseln sich heute bei uns ab, und die Temperaturen steigen auf 6 bis 8 Grad. Der Südostwind weht frisch, an der Nordsee gibt es Böen um 70 km/h. In der Nacht bleibt es frostfrei, die Wolken nehmen zu, und es fallen einige Regenschauer. **Seite 8**



Ein Bild der Zerstörung bot auch dieser Vorortzug, in dem viele Menschen ums Leben kamen.



Staatstrauer in Spanien; auf allen öffentlichen Gebäuden wurde halbmast geflaggt.

Entsetzen über Terrorakt in Madrid

Fast 200 Todesopfer bei Serie von Anschlägen auf Züge / Angeblicher Bekennerbrief von El Kaida

Von unseren Korrespondenten
Ralph Schulze und Andreas Herholz

Madrid/Berlin. Bei einem der schlimmsten Terror-Anschläge in der Geschichte Europas kamen gestern Morgen in Madrid fast 200 Menschen ums Leben. Mindestens 1250 wurden verletzt. Insgesamt zehn Bomben rissen fast zeitgleich in der spanischen Hauptstadt vier voll besetzte Nahverkehrszüge auseinander. Laut der arabischen Zeitung „El Kuds el Arabi“ hat sich das Terrornetzwerk El Kaida zu den Anschlägen bekannt.

Die Zeitung berichtete, sie habe ein entsprechendes Bekenntnis einer Brigade Abu Hafs el Maasri im Namen von El Kaida erhalten. Der Chefredakteur der Zeitung sagte am Donnerstagabend dem britischen Sender Sky News, die Bekennerbotschaft sei per E-Mail an das Londoner Büro geschickt worden. Britische Fernsehsender betonten, es gebe keinen Beweis dafür, dass die Bekenner-Botschaft echt sei. In der Mail wird auch den USA ein Anschlag angedroht. Spaniens konservative Regierung beschuldigte zunächst die baskische Terror-

Organisation ETA, hinter der verheerenden Bombenserie zu stecken, schloss später jedoch eine mögliche Täterschaft islamistischer Terroristen nicht aus.

Spaniens Regierungschef José María Aznar bezeichnete die Tat als „Massenmord“. Die Sicherheitsbehörden würden nicht eher ruhen, bis die Verantwortlichen „verhaftet und verurteilt“ seien. „Wir werden sie besiegen, daran soll niemand zweifeln.“ Am Abend versammelten sich zehntausende Menschen spontan im Zentrum Madrids und demonstrierten gegen den Terror. Für heute wurden im ganzen Land Massendemonstrationen angekündigt. Regierungs- und Staatschefs aus aller Welt sprachen den Spaniern ihr Mitgefühl aus und versprachen Hilfe bei der Jagd nach Terroristen.

Die Totenzahl, die am Abend mit 192 angegeben wurde, galt als provisorisch. Immer noch wurden einige Menschen vermisst, die sich möglicherweise noch in den Trümmern der Pendlerzüge befanden. Dutzende Verletzte schwebten zudem noch in Lebensgefahr. Nach der Attentatsserie brach Panik in der City aus. Die zehn Explosionen ereigneten sich in kurzer Folge ge-

haben könnten. In Alcalá de Henares östlich der Hauptstadt sei ein gestohlener Lieferwagen entdeckt worden, in welchem sieben Zünder und ein Tonband mit Koran-Versen in arabischer Sprache gefunden worden seien, sagte Acebes. Es werde in alle Richtungen ermittelt, die ETA bleibe aber der Hauptverdächtige. Der Tag des Anschlags war vermutlich bewusst gewählt. Am Sonntag wählt Spanien eine neue Regierung, und der Kampf gegen den Terrorismus ist eines der Leitthemen im Wahlkampf.

Spaniens Innenminister Angel Acebes vermutete zunächst die ETA hinter der Bombenserie. Sie sei geschwächt und habe nun auf sich aufmerksam machen wollen. Ein

Heute im Blickpunkt
→ Seite 3

Sprecher des verbotenen politischen ETA-Armes dementierte dies und sagte, der Anschlag sei wahrscheinlich von islamistischen Terroristen verübt worden. El Kaida hatte auch Spanien als engem Verbündeten der Amerikaner im Irak-Krieg mit Terroranschlägen gedroht. Am Abend mochte die spanische Regierung nach Agenturmeldungen dann nicht mehr ausschließen, dass auch islamistische Terroristen hinter den blutigen Anschlägen von Madrid gesteckt

In Deutschland haben die Unionsparteien Konsequenzen für die Sicherheit bei der Deutschen Bahn gefordert: „Wir müssen auf den Bahnhöfen ähnliche Sicherheitskontrollen wie auf Flughäfen einführen“, erklärte der Innenexperte der CSU, Norbert Geis, gestern unserer Berliner Redaktion. Er plädierte zudem für eine personelle Aufstockung des Bundesgrenzschutzes, der für die Sicherheit auf den Bahnanlagen zuständig ist. Auch der Innenexperte der Unionsfraktion, Hartmut Koschyk (CSU), sprach sich für eine gründliche Überprüfung der Sicherheitsmaßnahmen bei der Bahn aus.

Siehe auch Leitartikel Seite 2

Das Rentenniveau wird nochmals gesenkt

Bundestag verabschiedet Reform / Sozialministerin Schmidt: Junge müssen mehr privat vorsorgen

Berlin (ap). Die gesetzliche Rente wird in den nächsten 25 Jahren stark abgeschmolzen. Die rot-grüne Mehrheit im Bundestag beschloss gestern die Rentenreform mit entsprechenden Einschnitten, um das System zu sanieren. Die gesetzliche Rente allein werde künftig nicht mehr den Lebensstandard sichern, sagte Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD). Damit werde private Vorsorge unerlässlich.

Die Opposition wischte die Reform als widersprüchlich und unnützlich vom Tisch. Die FDP forderte Schmidt zum Rücktritt auf. Für das Gesetz stimmten 302 Abgeordnete, dagegen 291, der SPD-Abgeordnete Ottmar Schreiner enthielt sich. Damit hat es die entscheidende Hürde genommen, da der Bundesrat nicht zustimmen muss. Über einen Nachhaltigkeitsfaktor wird das Rentenniveau bis 2030 voraussichtlich von heute 53 Prozent des Durchschnittslohns (nach Sozialabgaben vor Steuern) auf 43 Prozent gesenkt. Der Beitragssatz wird bei 22 Prozent

gedeckelt. Mit einer auf Druck der SPD-Linken eingefügten Zusatzklausel wird die Regierung aber aufgefordert, auf Dauer das Niveau bei mindestens 46 Prozent zu halten.

Diese Festschreibung widersprüchlicher Ziele mache die Reform wertlos, erklärten Union und FDP. Das angepeilte Mindestniveau von 46 Prozent sei mit 22 Prozent Beitragssatz im Jahr 2030 nicht zu erreichen, sagte CSU-Sozialexperte Horst Seehofer. Nötig seien entweder 24 Prozent Beitrag oder ein Renteneintrittsalter von 70 Jahren. FDP-Sozialexperte Heinrich Kolb unterstützte grundsätzlich die Senkung des Rentenniveaus über den



Ottmar Schreiner

Nachhaltigkeitsfaktor. Dieser sei aber unsinnig, wenn gleichzeitig ein Sicherungsniveau von 46 Prozent vorgegeben werde. Dass sich Schmidt diese Klausel durch „unverföhrene Erpressung aus den eigenen Reihen“ habe verschreiben lassen, zeige ihren Mangel an Durchsetzungskraft. Daraus „sollten Sie die Konsequenzen ziehen und aus Ihrem Amt zurücktreten“, sagte Kolb.

Schmidt und Abgeordnete von SPD und Grünen hielten entgegen, die Niveausicherung bei 46 Prozent könne durchaus gelingen. SPD-Fraktionsvize Gudrun Schaich-Walch sagte, entscheidend zur Entlastung der Rentenkassen seien die Annäherung des tatsächlichen Renteneintrittsalter an 65 Jahre, eine höhere Beschäftigung insgesamt und mehr Frauenbeschäftigung. Seien diese Bedingungen erfüllt, habe man „eine gute Ausgangsposition“, das Niveau von 46 Prozent zu erhalten.

Siehe auch Kommentar „Ungedekelter Scheck“ sowie Berichte Seite 4

Der FDP droht Millionen-Strafe

Düsseldorf (dpa). Der FDP droht nach dem Aufdecken von zwei bislang unbekanntem illegalen Wahlkampfspenden ihres früheren Spitzenpolitikers Jürgen Möllemann eine weitere Strafzahlung in Millionenhöhe. Wie die Staatsanwaltschaft Düsseldorf am Donnerstag mitteilte, soll der im vergangenen Jahr gestorbene Möllemann im Bundestagswahlkampf 1998 mit insgesamt 700 000 Mark (357 904 Euro) Zeitungsanzeigen sowie das Aufstellen von Plakatständern finanziert haben. Beides werde von der Behörde als Sachspende gewertet und hätte daher im Rechenschaftsbericht der Partei aufgeführt werden müssen, sagte Staatsanwalt Johannes Mocken. Bisher war die Partei davon ausgegangen, dass der frühere nordrhein-westfälische FDP-Chef und Bundespartei-vice Möllemann mit Hilfe von Strohmannern und fingierten Spendenquittungen insgesamt 1,7 Millionen Euro in die Parteikasse hatte einschleusen lassen. Dafür drohen Strafzahlungen in doppelter Höhe.

Alternativen zur Reformpolitik?

Bündnis will gegen die „Politik des sozialen Kahlschlags“ vorgehen

Berlin (dpa/ap). Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und sozialen Bewegungen will Mitte Mai bei einem Kongress in Berlin Alternativen zu einer „Politik des sozialen Kahlschlags“ aufzeigen. Man wolle die soziale Realität in Deutschland thematisieren und die momentane Entwicklung nicht gleichgültig und ohnmächtig hinnehmen, sagte der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, am Donnerstag in Berlin. Zu der Veranstaltung unter dem Motto „Es geht auch anders“ werden vom 14. bis 16. Mai rund 1000 Teilnehmer erwartet. Zu den Unterstützern des Kongresses zählen

neben der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di auch die IG Metall, IG Bau, GEW, at-tac, Volkssolidarität, Sozialverband Deutschland und viele Wissenschaftler.

Bsirske hat unterdessen Spekulationen über die Gründung einer linken Partei durch Gewerkschafter eine Absage erteilt. „Als Gewerkschaften werden wir keine Partei gründen“, sagte Bsirske am Donnerstag in Berlin. Gewerkschaften seien weder der verlängerte Arm einer Partei noch einer Gründungsinitiative. Auch der IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters sprach sich klar gegen Überlegungen zur Gründung einer linken Partei durch Gewerkschaften aus.

„Keine Interventionsarmee“

Struck sieht Heimatschutz als Kernaufgabe der Bundeswehr

Berlin (dpa). Die rot-grüne Regierung sieht die Bundeswehr trotz ihrer umstrittenen Ausrichtung auf weltweite Einsätze nicht auf dem Weg zur Interventionsarmee. Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) betonte in einer Regierungserklärung am Donnerstag, Deutschland werde sich nicht „ohne Not in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen“. Der Schutz des Landes bleibe Kernaufgabe der Bundeswehr.

Union und FDP warfen der Koalition im Bundestag eine dramatische Unterfinanzierung der Streitkräfte vor. In der Militärpolitik kaffe eine tiefe Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Struck wies Forde-

rungen der Union nach Bundeswehreinsätzen im Inland entschieden zurück. Struck sagte, Deutschland wolle gemeinsam mit den Verbündeten dort für Sicherheit eintreten, wo es nötig sei. Der Grünen-Sicherheitspolitiker Winfried Nachtwei warnte vor der Illusion, mit „Schnell-Einsätzen“ Krisen anderer Länder zu lösen. Solche Einsätze seien riskant, kostspielig und forderten Menschenleben. „Selbstverständlich ist Militär kein Konfliktlöser.“

Struck kündigte die Verkürzung der Einsatzdauer der Bundeswehrsoldaten im Ausland von sechs auf vier Monate an. **Siehe auch Kommentar „Inkonsequent“**